



PROTOKOLL

**LANDKREIS
ERDING**

öffentlich

**Büro des Landrats
BL**

Alois-Schießl-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@lra-
ed.de

Erding, 09.03.2010
Az.:

12. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 24.02.2010

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Eichinger, Gertrud	i.V.v. Ways Rudolf
Grundner, Heinz	ab 15.05 Uhr – i.V.v. Wiesmaier Hans
Haindl, Sebastian	bis 16.50 Uhr
Hofstetter, Franz Josef	
Kuhn, Günther	
Schlehuber, Anton	
Schwimmer, Hans	
Steinberger, Friedrich	
Utz, Peter	
Vogl, Willi	bis 16.50 Uhr

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Kohout, Caroline
Fischer Heinz
Schmittner Josef
Mayer, Elfriede (Protokoll)
Centner, Christina

Ferner nehmen teil:

Schulleiter Biller von der Dr.-Herbert-Weinberger-Schule (zu TOP 1 und 2)
Architekt Anger vom Architekturbüro Anger und Groh (zu TOP 4)

Projektleiter Wild von der Fa. kplan
Herr Stephan vom Landratsamt Ebersberg (zu TOP 1 und 2)



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS
Sicherheitsvorkehrungen
Vorlage: 2010/0620
2. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS
Änderung Schiebetrennwand
Vorlage: 2010/0621
3. Schulen des Landkreises - Anne-Frank-Gymnasium
Brandschaden am 11.02.2009
Vorlage: 2010/0624
4. Schulen des Landkreises – Sanierung Realschule Taufkirchen
Konjunkturpaket II
Sanierung Realschule Taufkirchen - Gebäude ehemaliges Rathaus
Wärmeversorgung aus dem gemeindlichen Fernwärmenetz
Vorlage: 2010/0625
5. Bekanntgaben und Anfragen
 - 5.1 FOS/BOS - Gehweg an der Siglfinger Straße
 - 5.2 FOS/BOS - Antrag auf Insolvenz einer Firma
 - 5.3 Photovoltaikanlage auf dem "Alten Rathaus"
 - 5.4 Name für das neue Gymnasium

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 24.02.2010



**1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS
Sicherheitsvorkehrungen
Vorlage: 2010/0620**

**LANDKREIS
ERDING**

Der Vorsitzende erklärt ergänzend zur versandten Vorlage, am 19.01.2010 hat im Hinblick auf Amokläufe in der vergangenen Zeit eine Besprechung mit der Schulleitung, mit Vertretern des Landratsamtes, der Polizei und mit dem Generalplaner stattgefunden. Der Vorsitzende bittet Herrn Wild um Erläuterung.

Büro des Landrats
BL

Herr Wild merkt an, in der Besprechung sei über die Sicherheit und den Einbruchschutz beraten worden. Dabei sei u.a. auch besprochen worden, wie die Sicherheit an den Außenfassaden erhöht werden könnte, um einen besseren Schutz vor Einbruch zu gewährleisten.

Die Diskussion, zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen einzubauen, sei eigentlich verspätet, weil die Pfosten-Rahmenelemente bereits eingebaut sind.

Trotzdem sei die ausführende Firma Hackl gebeten worden, zu prüfen, welche Kosten entstehen würden, wenn nach jetzigem Baustand z.B. die Einselemente (Fenster, Türen) mit Sicherheitsstandard, der als WK 2 bezeichnet wird, eingebaut werden. Das bedeutet, dass ein Einbrecher mit gutem Einbruchwerkzeug fünf Minuten braucht, um die Fassade aufzubrechen. Zudem wäre eine Überwachung der Fensterräume mit einem MVS-Kontakt vorzusehen, der anzeigen würde, ob die Fenster in den Klassenräumen geschlossen sind. Dies sei bisher nicht vorgesehen. Derzeit seien normale abschließbare Fenster geplant, die von den Schülern oder Lehrern geöffnet werden können, allerdings aufgrund des Passivhausstandards nicht geöffnet werden sollen. Die Mehrkosten für eine Nachrüstung wären ungefähr 150.000 €, weil nicht nur die Einselemente ausgetauscht werden müssten. In Abstimmung mit der Verwaltung schlägt er vor, das nicht weiter zu verfolgen.

Der Vorsitzende fragt, ob es Schulen gibt, die nach diesen Vorschriften gebaut worden sind.

Herr Wild antwortet, er kennt kein Beispiel. Es gibt sicher Schulen, die mit einer Zugangskontrolle die Haupteingangstüren überwachen. Bei der FOS/BOS sei es eigentlich gewünscht, dass die Türen offen sind. Es gibt keine Zugangskontrolle oder Überwachung an den Eingängen.

Er merkt an, es wird derzeit auf die Freigabe der Einselemente zum Fassadeneinbau gewartet. Durch die Witterung und Abklärung Passivhaus sei der Zeitplan im Verzug.

Der Vorsitzende fragt, nachdem am Abend die Innentüren zugesperrt werden, was es kosten würde, wenn in besonders sensiblen Räumen (z.B. EDV-Raum, Verwaltungsraum, etc.) eine Überwachung eingebaut würde, denn bei Einbrüchen in der Vergangenheit seien die Fenster von innen



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

manipuliert worden. Es geht oft nicht um das, was gestohlen wird, sondern um den Schaden, der durch den Einbruch entsteht. Er möchte grundsätzlich kein anderes Sicherheitskonzept, sondern spricht sich für eine Überwachung mit den Kontakten aus.

Herr Wild denkt, die Gesamtsumme könnte aufgeteilt werden. Es sind insgesamt 30 Räume an der FOS/BOS. Eine Nachrüstung pro Raum kostet ca. 300 € bis 500 €.

Herr Wild sagt, es gibt zwei Möglichkeiten. Mit normalen Magnetkontakten kann nur festgestellt werden, ob die Fenster oder Türen geschlossen sind. Das sei bei den Fluchttüren bereits so vorgesehen. Zusätzlich gibt es die Sicherung durch die Plexiglashauben. Ob die Türen geschlossen sind, kann auf dem Rechner des Hausmeisters gesehen werden. Genau so könnte das natürlich in bestimmten Räumen für die Fenster gemacht werden. Ein MVS-Kontakt zeigt an, ob ein Fenster verriegelt ist und kostet rd. 150 €. Ein Reedkontakt rd. 50 €.

Voraussetzung sei eine regelmäßige Überwachung durch den Hausmeister. Das Problem seien nicht die Täter, die von außen kommen, sondern die Mithelfer in der Schule. Hinzu käme bei der FOS/BOS, dass die Balkone vorgesetzt sind und jeder von außen an das Gebäude heran kommen kann.

Der Vorsitzende sagt, es sei auch noch darüber zu diskutieren, ob eine Sicherung an den Balkonen möglich sei.

Die 150.000 € wären für die Nachrüstung aller Fenster und Türen. Es sollte geprüft werden, was für ein paar wenige Räume eine Einbruchssicherung kostet.

Kreisrätin Eichinger fragt, inwieweit es von den Versicherungen verlangt wird, dass ein Einbruchschutz vorhanden ist. Die Sicherungsmaßnahmen haben mit Amokläufen wenig zu tun. Sie denkt, die Maßnahmen könnten aufs Unendliche ausgeweitet werden. Es kann nicht alles abgesichert werden.

Der Vorsitzende sagt, die üblichen Versicherungen für die Schulen sind ähnlich wie bei Privatgebäuden. Bei einer entsprechenden Zertifizierung könnte vielleicht die Prämie niedriger sein.

Herr Wild sagt, in der Besprechung sei festgestellt worden, wenn jemand in das Gebäude will, kommt er rein. Es hält ihn kein Fenster oder Sicherungssystem ab.

Kreisrat Vogl fragt, warum die Fenster zu öffnen sind, wenn doch eine Lüftungsanlage eingebaut wird.

Herr Wild antwortet, aus psychologischen Gründen soll es die Möglichkeit geben, zu lüften.

Kreisrat Steinberger denkt, es können alle möglichen Maßnahmen gemacht werden, ob sich damit ein Erfolg zeigt, sei fraglich. Er kennt



Räume, die bei der Polizei aufgeschaltet sind. Bis jemand bei einem Einbruch gekommen ist, haben die Einbrecher alles ausgeräumt. Er berichtet, bei Kindertagesstätten sei man zu der Überzeugung gekommen, dass bis auf die Eingangstüre alles offen bleibt, weil damit die erwarteten Vandalismusschäden nicht mehr so groß seien.

Er empfiehlt, dem Hausmeister an der FOS/BOS zur Unterstützung einen Wach- und Sicherheitsdienst an die Seite zu stellen, der in Abständen, auch mit der Polizei, immer wieder Kontrollen macht. Der Hausmeister muss darauf achten, dass die Türen oder Fenster wirklich geschlossen sind.

Er weist auch darauf hin, dass nicht nur die Erstananschaffung für Sicherheitssysteme Geld kostet, sondern auch die Wartung und Instandhaltung.

Kreisrat Hofstetter stimmt der Aussage von Kreisrat Steinberger zu. Er befürwortet den Vorschlag des Vorsitzenden, eine Nachrüstung z.B. beim EDV-Raum und bei den Verwaltungsräumen vorzunehmen. Es sollte jedoch der Schulleiter entscheiden, welche Räume wichtig sind.

Der Vorsitzende fragt, in welchen Räumen eine Überwachung schon geplant sei.

Herr Wild sagt, eine Überwachung sei bei den Türen der Klassenzimmer geplant, aber nicht bei den Fenstern.

Schulleiter Biller merkt an, es handle sich in keinster Weise um eine Forderung. Es haben Experten die Vorschläge ausgearbeitet. Er schlägt vor, im Höchsthfall in einzelnen Räumen eine zusätzliche Verbesserung zu prüfen.

Herr Wild denkt, es sei wichtig, einen Einbruchsschutz innen (Zeugnisraum, EDV-Raum, Technikraum) vorzunehmen. Es besteht die Möglichkeit mit stärkeren Türblättern oder anderen Beschlägen nachzurüsten. Die Kosten wären je Türe ca. 200 € bis 300 €. Diese Verbesserung würde er schon empfehlen.

Kreisrat Haindl stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden und des Schulleiters zu. Er schlägt vor, einen bestimmten Betrag dafür festzulegen. Die Experten sollen entscheiden, was wo wichtig ist.

Kreisrat Kuhn fragt, ob bei einer besseren Ausführung der Türen automatisch eine Alarmierung vorgesehen sei. Dies verneint **Herr Wild**.

Kreisrat Utz sagt, seiner Meinung nach sollten Bewegungsmelder und Kameras aufgestellt werden. Es kann kein Gebäude so gebaut werden, dass keiner einbrechen kann.

Herr Wild sagt, Bewegungsmelder sind bereits vorgesehen.

Der Vorsitzende schlägt vor, für die Nachrüstung von sensiblen Räumen 2.000 € zusätzlich einzuplanen.



Herr Wild weist darauf hin, eine Verbesserung an den Türen in einzelnen Räumen sei nur sinnvoll, wenn die Türen an die Einbruchmeldeanlage aufgeschaltet sind. Der Hausmeister oder Techniker muss darauf achten. Derzeit sei dann nur die Anzeige zu sehen, ob die Türen geschlossen sind.

Kreisrat Vogl erinnert, es sei darum gegangen, dass an den Fenstergriffen nichts manipuliert werden kann. Er denkt, es kann vom Hausmeister schon verlangt werden, dass er, bevor er abends nach Hause geht, noch einmal auf den Rechner schaut und prüft, ob alles in Ordnung ist.

Der Vorsitzende bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

- **zu Punkt 2**

Die Vorschläge zur Verbesserung der Einbruchsicherheit werden grundsätzlich nicht weiter verfolgt.

Zur Verbesserung der Einbruchsicherheit in bestimmten Räumen (EDV, Verwaltung, Technik, etc.) werden 2.000 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 9 : 2 Stimmen.**
(Gegenstimme: KRin Eichinger und KR Kuhn)

Herr Wild erklärt weiter, die Polizei hat vorgeschlagen, bei den Klassen- und Verwaltungsräumen sog. SAG-Classroom Türverschlüsse einzubauen. Wenn der Unterricht beginnt, kann der Lehrer das Klassenzimmer mit einem Schlüssel von innen abschließen. Es kann dann während des Unterrichts keiner von außen in das Klassenzimmer kommen, aber z.B. ein Schüler jederzeit das Klassenzimmer verlassen. Der Schüler muss dann wieder anklopfen, wenn er in den Raum möchte. Herr Wild äußert dazu seine Bedenken. Für alle Türen wären Kosten von rd. 8.500 € erforderlich. Die Ausschreibung für die Türen läuft derzeit schon. Nach Rücksprache mit der Schulleitung wird ein generelles Abschließen der Klassenzimmertüren während des Unterrichts auch nicht gewünscht.

Die derzeitige Planung sei, dass die Türen nicht versperrt sind. Bei Amokläufen hat der Lehrer die Möglichkeit, diese zu versperrern.

Kreisrätin Eichinger fragt, ob bei einem Panikschloss auch ein Schüler von innen zusperren kann, wenn der Lehrer noch nicht im Raum ist.

Herr Wild sagt, es kann der zusperren, der den Schlüssel hat. Bei Amokläufen könnte der Lehrer nach dem Alarm die Türen von innen versperrern.

Er weist darauf hin, dass ein Amokalarm auch in der Pause sein könnte, dann flüchten die Schüler in die Klassenzimmer und der Lehrer kann von innen zusperren.

Kreisrat Biller denkt, ein Panikschloss macht keinen Sinn, wenn dazu ein Schlüssel notwendig ist. In der Besprechung sei die Rede davon gewesen, dass die Türklinken mit einem Hebel oder Drehknopf versperrt



werden können, damit die Türklinke von außen nicht mehr niedergedrückt werden kann. Die Empfehlungen für den Fall eines Amoklaufs sind, dass sich die Schüler zunächst im Klassenzimmer verbarrikadieren können. Bei üblichen Räumen müsste jemand einen Tisch oder ähnliches unter die Türklinke schieben.

Kreisrat Hofstetter denkt, es geht darum, dass die Vorgaben der Polizei beachtet werden. Er würde keine Panikschlösser einbauen lassen.

Der Vorsitzende bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

- **zu Punkt 3**
Es sollen **keine** Panikschlösser errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

Weiter erklärt der Vorsitzende zu den Vorhängen in den Klassenzimmern, die derzeit nicht vorgesehen sind, von der Schulleitung und einzelnen Lehrkräften aber als Sichtschutz bei Amokalarm befürwortet werden. Der Vorsitzende denkt, dass mit dem geplanten Sonnenschutz außen die Einsehbarkeit auch ohne Vorhänge gewährleistet sei.

Er wünscht das genau zu klären, denn am neuen Gymnasium gibt es trotz Zusicherung des Projektanten und Nachrüsten mit Vorhängen das Problem, dass Tageslichtprojektoren nur begrenzt einsetzbar seien. Der Projektant hat erklärt, dass die Geräte leistungsstark sind. Er bittet die volle Gewährleistung (Betriebsgarantie) sicherzustellen. Dazu möchte er eine schriftliche Erklärung des Projektanten.

Kreisrat Hofstetter empfiehlt die Anschaffung von Vorhängen.

Der Vorsitzende sagt, die Rollos können von innen elektrisch bedient werden. Wenn sich ein Amokläufer innen verstecken möchte, wird er überall die Vorhänge zuziehen. Von außen sei dann nicht zu sehen, in welchem Raum sich der Amokläufer aufhält. Laut Statistik gingen 98 % der Attacken aller Amokläufer vom Gebäudeinneren aus.

Herr Wild berichtet, in drei Räumen (Technik-, Physik- und Mehrzweckübungsraum) sind Verdunklungen vorgesehen.

Der Mehrpreis für normale Stoffvorhänge (200 €/m²) wäre rd. 150.000 €. Echte Verdunklungsvorhänge würden rd. das Doppelte kosten. Er weist darauf hin, dass die Räume ein Lüftungssystem mit Lüftungsschlitzen haben. Die Vorhänge dürften nur bis zur Brüstung gehen. Auch die Bereiche bei den Notausgangstüren müssen frei bleiben. Das heißt, dass die Vorhänge auch nicht seitlich weggeschoben werden können. Er geht davon aus, dass durch die Außenjalousien die Räume so verdunkelt werden können, dass die Benutzung eines Beamers funktioniert. Natürlich könnte zum Beispiel, wenn die Sonne sehr tief stünde, oder bei extrem starkem Wind sich das Notraffsystem einschaltet, keine Beamerpräsentation gemacht werden. Es kann von den Projektanten nicht gewährleistet werden, dass die Nutzung jederzeit funktioniert, wie das der Vorsitzende verlangt.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende berichtet, beim neuen Gymnasium sei damals versichert worden, dass keine Vorhänge notwendig sind, weil durch den Sonnenschutz eine Verdunklungsmöglichkeit gegeben sei.

Er möchte eine Betriebsgarantie, dass die Verdunklung mit dem Sonnenschutz ordnungsgemäß funktioniert und nicht, wenn die Rollos durch das Nottraffsystem nicht in Betrieb genommen werden können. In Ausnahmesituationen kann das niemand gewährleisten. Beim neuen Gymnasium funktioniert die Verdunklung inzwischen trotz der Nachrüstung mit Vorhängen nicht. Er bittet deshalb zu prüfen, ob ohne Verdunklungsvorhänge Beamer, etc. im Unterricht eingesetzt werden können. Dazu möchte er eine schriftliche Erklärung.

Herr Wild denkt, es besteht derzeit kein Handlungsbedarf, weil die Vorhänge nachgerüstet werden könnten. Es gibt keine Möglichkeit mehr, oberflächenbündige Sonnenschutzschienen einzubauen.

Herr Wild sagt, eine Gewährleistung wird kein Projektant geben. Es gibt diesbezüglich ein Schreiben an die Geschäftsleitung. Im Januar 2008 hat es eine Besprechung gegeben. Mit den außen liegenden Jalousien besteht die Möglichkeit, die Klassenzimmer verdunkeln zu können. Es wird sicher eine bessere Qualität sein als hier im Sitzungssaal. Es werden leistungsstarke Beamer ausgewählt, die die Nutzung ermöglichen. Er betont, es gibt sicher Bereiche, z.B. Schallschutz, wo Vorhänge eine Verbesserung bringen würden. Er verweist aber auf das Problem mit dem Lüftungssystem. Es stellt sich die Frage, wo sie angebracht werden sollen. Es sind auch noch nicht die Auswirkungen der Wärmegewinnung auf das gesamte Konzept durch die Verglasung errechnet worden, wenn Vorhänge davor gesetzt werden. Das könnte exemplarisch für einen Raum errechnet werden.

Er denkt, wichtig sei es, dass jederzeit Vorhänge nachgerüstet werden können.

Kreisrätin Eichinger merkt an, aufgrund der Ausführungen sieht sie bei Amokläufen durch Vorhänge keinen Schutz für diejenigen, die sich im Klassenzimmer befinden. Das Thema Blendschutz für Beamer, etc. sei ein anderes Thema.

Kreisrat Haindl denkt, in der Planung seien keine Vorhänge vorgesehen. Er geht davon aus, dass die geplante Technik funktionieren wird und dann sind Vorhänge nicht notwendig.

Schulleiter Biller berichtet, am neuen Gymnasium gibt es keine Jalousien direkt am Fenster wie an der FOS/BOS, sondern textile Segel, die zwei Meter vom Fenster weg sind. Deshalb funktioniert das nicht.

Er merkt weiter an, es ist nicht wichtig, wo sich der Täter verschanzt. Die Sicherheitsvorschriften schützen die Schüler. Er weist darauf hin, dass Lehrkräfte die Räume im Erdgeschoß, Untergeschoß, nicht gerne benutzen, wenn es keine Vorhänge gibt. Wenn eine Betriebsgarantie gegeben wird, ist das Thema erledigt. Ein weiteres Thema sind auch die Fluchtbalkone, über die noch diskutiert werden sollte.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

- **zu Punkt 4**
Die Räumlichkeiten sollen **nicht** mit Vorhängen ausgestattet werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 1 Stimmen.**
(Gegenstimme: KR Hofstetter)

Herr Wild erklärt weiter, elektrische Türöffner sind bereits eingebaut. Für Sprechsäulen und eine Videoüberwachung bei den beiden Haupteingangsbereichen seien Kosten von rd. 10.500 € ermittelt worden. Eine Videoüberwachung sollte 24 Stunden in Betrieb sein. Die Sprechanlage sollte zur Verwaltung geführt werden.

Kreisrat Eichinger denkt, elektrische Türöffner ohne Sprechsäule machen keinen Sinn. Eine Videoüberwachung wäre eine sinnvolle Ergänzung.

Der Vorsitzende sagt, die meisten Amokläufer kommen über die Eingangstür. Wenn die Videoüberwachung 24 Stunden in Betrieb ist, kann auch bei einem Einbruch nachverfolgt werden, wer die Schule betreten hat.

Der Vorsitzende bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

- **zu Punkt 5**
Sprechsäule, Videoüberwachung und elektrische Türöffner sollen an den beiden Haupteingangsbereichen errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

Zusätzlich sei das Thema Fluchtbalkone und die dazu notwendigen Abgänge angesprochen worden, die durchaus als Freizeitmöglichkeit genutzt werden können. Die Treppen seien für jedermann und jederzeit in beiden Richtungen begehbar. Er fragt, ob bei den Treppen z.B. Türen eingebaut werden könnten, die sich nur in eine Richtung öffnen und als Fluchtmöglichkeit genutzt werden können.

Herr Wild sagt, das sei bei der jetzigen Planung schwierig. Es muss gewährleistet werden, dass sich die Türen jederzeit nach außen öffnen. Es seien Bewegungsmelder, aber keine Videoüberwachung über die Polizei vorgesehen. Mit Leitern könne jeder hochklettern. Es müssten die ganzen Balkone eingehaust oder Gitter davor gemacht werden. Zudem müssten auch die beiden Zugänge zum Pausenhof eingehaust werden.

Der Vorsitzende bittet darum, sich Gedanken zu machen, was an Verbesserung noch möglich wäre, weil das ganze Gelände frei zugänglich sei. Die Bewegungsmelder seien schon ein Vorteil.

Kreisrat Vogl berichtet, er wohnt in der Nähe. Er denkt, es sei eine Gefahr für die Kinder, wenn sie auf die Balkone klettern. Er würde die Fluchtbalkone grundsätzlich von unten her absperren.



Herr Wild sagt, es gibt zwei Treppen als Zugang. Die Balkongeländer entsprechen den Vorschriften. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, Teilbereiche einzuzäunen oder eine Zaunanlage mit einem zweiflügligen Fluchttor zu machen.

Kreisrätin Eichinger denkt, Überlegungen, die dem Vandalismus vorbeugen, wären sinnvoll.

Kreisrat Haindl fragt nach der Situation am neuen Gymnasium. Er denkt, bei allen Überlegungen soll doch ein normaler Schulbetrieb gewährleistet sein. Es würde es schade finden, wenn die Schule so abgesperrt würde.

Kreisrat Schlehuber spricht sich für eine Einzäunung aus.

Herr Wild sagt, er könnte sich vorstellen, den Aulabereich einzuzäunen. Bei einer Höhe von 1,50 m kann aber jeder, der will, über den Zaun steigen.

Der Vorsitzende bittet Herrn Wild, bezüglich einer Umzäunung des Schulgebäudes Vorschläge zu erarbeiten und dem Ausschuss vorzustellen.

Zusammenfassender Beschluss:

BauEn/0052-14

- **zu Punkt 2**

Die Vorschläge zur Verbesserung der Einbruchsicherheit werden grundsätzlich nicht weiter verfolgt.

Zur Verbesserung der Einbruchsicherheit in bestimmten Räumen (EDV, Verwaltung, Technik, etc.) werden 2.000 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 9 : 2 Stimmen.**

- **zu Punkt 3**

Es sollen **keine** Panikschlösser errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

- **zu Punkt 4**

Die Räumlichkeiten sollen **nicht** mit Vorhängen ausgestattet werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 1 Stimmen.**

- **zu Punkt 5**

Sprechsäule, Videoüberwachung und elektrische Türöffner sollen an den beiden Haupteingangsbereichen errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

Herr Wild wird gebeten, bezüglich einer Teilumzäunung des Schulgebäudes Vorschläge zu erarbeiten und dem Ausschuss vorzustellen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

2. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS
Änderung Schiebetrennwand
Vorlage: 2010/0621

Der Vorsitzende bittet Herrn Wild um Erläuterung.

Herr Wild verweist auf den versandten Vorlagebericht und ergänzt, nach dem jetzigen Stand sind zwei Schiebewände im Bereich der Stützen geplant, die die Aula in der Längsrichtung unterteilen. Es sei zusätzlich eine weitere Abtrennung ausgeschrieben worden. Ursprünglich war geplant, die Schiene deckenbündig auszuführen. Aufgrund der Lüftungs- und Installationsleitungen müsste die Schiene nun herabgesetzt werden, was zur Folge hätte, dass eine Art Sturz mit 25 cm unterhalb der Decke ausgeführt werden müsste, was optisch nicht so schön wäre. Darum wird vorgeschlagen, auf die ursprüngliche Eingabeplanung zurückzugehen. Herr Wild zeigt die verschiedenen Möglichkeiten.

Er sagt, bei Variante 1 würde auf eine Parkmöglichkeit der Schiebewand in einer Nische verzichtet. Die Elemente würden neben den Stahlbetonstützen frei im Raum hängen. Die Schienenführung würde bündig mit der Decke verlaufen. Ein Vorteil wäre die Bedienbarkeit.

Der Vorsitzende denkt, die Variante hat einen Nachteil bei der Bestuhlung. Er fragt nach den Kosten.

Herr Wild sagt, es müssten zwei Sturze mit Kosten von rd. 1.000 € eingebaut werden. Die Verkleinerung der Elemente wird keine Auswirkung auf die Kosten haben.

Ein Verzicht auf eine zusätzliche Trennung hätte eine Einsparung von ca. 3.500 € zur Folge (Ausgabe der Theke freilassen und die Abtrennung weglassen). Die Lüftungsplanung sei so abgestimmt, dass der ganze Raum belüftet wird und nicht getrennt erfolgt.

Kreisrat Biller sagt, der einzige Grund, warum die große Aula mit Schiebelelementen abtrennbar gemacht werden soll ist, weil in dem Raum Prüfungen abgehalten und gleichzeitig der Zugang nicht versperrt werden sollte. Ob eine Trennung quer oder längs erfolgt sei egal. Es sollte die Lösung erfolgen, die am wenigsten „tote Winkel“ erzeugt. Fachhochschulprüfungen finden 1 x im Jahr statt.

Kreisrätin Eichinger fragt, ob eine Abtrennung ursprünglich geplant war.

Herr Wild antwortet, die ursprüngliche Planung war nicht so. Bei der Erstellung der Ausschreibung sei er auf die Idee der Abtrennung gekommen. Allerdings sei dabei nicht berücksichtigt worden, dass es natürlich Auswirkungen auf das ganze Lüftungskonzept haben könnte.

Nach kurzer Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

BauEn/0053-14

Die Schiebetrennwand soll nach **Variante 1** ausgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

**3. Schulen des Landkreises - Anne-Frank-Gymnasium
Brandschaden am 11.02.2009 - Vorlage: 2010/0624**



Der Vorsitzende bittet Herrn Schmittner um Erläuterung.

Herr Schmittner erklärt, aufgrund des Brands im Chemievorbereitungsraum sei ein erheblicher Sachschaden von rd. 670.000 € entstanden. Den größten Teil, rd. 610.000 € wird die Versicherungskammer Bayern übernehmen. Für den Landkreis bleiben Kosten von rd. 50.000 € bis 60.000 €.

**LANDKREIS
ERDING**

Büro des Landrats
BL

Die Gründe für die Mehrkosten sind, dass die Entlüftung der Chemieräume, die 1976 eingebaut worden ist, nicht mehr den aktuell gültigen Vorschriften entsprach. Die Kosten für die Erneuerung der Lüftung liegen bei ca. 48.000 €. Davon übernimmt die Versicherungskammer Bayern rd. 30.000 €. Für den Landkreis bleiben ungefähr 18.000 €. Zudem sei ein Chemieübungsraum mit neuen Tischen mit Kosten von rd. 30.000 € ausgestattet worden. Die veralteten Übungstische haben nicht mehr den aktuell gültigen Sicherheitsvorschriften entsprochen. Zusätzlich seien kleinere Beträge (für halogenfreie Kabel, etc.) dazu gekommen, die von der Versicherung nicht erstattet werden.

Der Vorsitzende fragt, ob in dem Vorbereitungsraum jetzt Brandmelder angebracht worden sind, etc.

Herr Schmittner kann die Frage nicht beantworten. Er wird das bis zur nächsten Sitzung klären.

Nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

KA/0054-14

Dem Kreisausschuss und dem Kreistag wird empfohlen, die erforderlichen Mittel für die Beseitigung des Brandschadens vom 11.02.2009 am Anne-Frank-Gymnasium in Höhe von voraussichtlich 670.000 € überplanmäßig bereitzustellen.

Die Deckung erfolgt durch Versicherungsleistungen in Höhe von voraussichtlich 610.000 € und Mehreinnahmen bei der HH-Stelle 0.4556.1623 (Erstattungen durch Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Vollzeitpflege).

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

**4. Schulen des Landkreises – Realschule Taufkirchen
Konjunkturpaket II
Sanierung Realschule Taufkirchen - Gebäude ehemaliges
Rathaus
Wärmeversorgung aus dem gemeindlichen Fernwärmenetz
Vorlage: 2010/0625**

Der Vorsitzende erklärt zur versandten Vorlage, es sei überlegt worden, das „Alte Rathaus“ an die geplante Fernwärmeversorgung der Gemeindewerke Taufkirchen anzuschließen.



Architekt Anger führt aus, grundsätzlich sei der Anschluss an die Fernwärme möglich. Bei der Umstellung auf Fernwärme müsste ein neuer Förderantrag gestellt werden. Auf Nachfrage bei der Regierung von Oberbayern war zu erfahren, dass der maximal zulässige EnEV-Wert von 227,7 kWh/m²a einzuhalten ist. Daraus ergibt sich für den Fernwärmeversorger ein Primärenergiefaktor von max. 0,87. Sollte bis Ende 2011 das Ziel nicht erreicht werden, könnte es zu Rückforderungen des Zuschusses kommen.

Eine Entscheidung sei heute wichtig, weil die Rohbauarbeiten im Untergeschoß in den Osterferien (bis Ende März) erfolgen. Die Sanierung des Gebäudes muss bis Ende 2010 abgeschlossen sein.

Sollte die Entscheidung für die Fernwärme sein, bräuchte er eine verbindliche Aussage der Gemeindewerke Taufkirchen, dass der geforderte Primärenergiefaktor eingehalten und die Fernwärme bis zu dem geforderten Zeitpunkt geliefert werden kann.

Kreisrat Hofstetter erklärt, der Gemeinderat Taufkirchen hat gestern den Beschluss gefasst, dass die Gemeindewerke mit einem Partner gegründet werden. Die Gemeindewerke wollen, dass das Gebäude angeschlossen wird. Der geforderte Zeitrahmen kann eingehalten werden. Zum Primärfaktor kann er in den nächsten Tagen eine schriftliche Zusicherung geben.

Kreisrätin Eichinger fragt, nachdem ein Primärenergiefaktor von 0,87 einzuhalten ist, ob es einen ähnlichen Wert auch bei der Holz-Pellets-Heizung gibt.

Architekt Anger sagt, es geht nicht nur darum, dass der Wert eingehalten wird. Wenn die Fernwärme ein vergleichbarer Wert ist und die Kosten nicht höher sind, sei das vernünftig. Er erklärt, bei der Fernwärme kann der Primärwärmefaktor im Vorfeld nur geschätzt werden. Tatsächlich kann der Wert erst nach einem Jahr festgestellt werden.

Der Vorsitzende sagt, es sei fraglich, ob eine Pellets-Heizung günstiger ist, wenn für die Herstellung das Holz gehäckselt, dann entsprechend getrocknet und verpresst werden muss. Er befürchtet, dass nicht alle Faktoren so eingerechnet sind. Er möchte dem schon eine regionale Lösung mindestens gleichsetzen.

Kreisrat Haindl denkt, es wäre ein Schildbürgerstreich, wenn die Fernwärmeleitung am Gebäude vorbeiführen und der Landkreis nicht anschließen würde.

Der Vorsitzende denkt, das einzige Argument, die Fernwärmeversorgung nicht zu nehmen wäre, wenn die Gemeindewerke nicht in der Lage wären, zeitlich und bezüglich der EnEV-Werte zu liefern. Der Landkreis wirbt dafür, regionale Versorgungsanlagen aufzubauen, zu unterstützen und zu fördern und dann würde er, wenn es die Möglichkeit gibt, das selber nicht in Anspruch nehmen.



Kreisrat Utz denkt, es geht nicht nur um die Investition. Eine Holz-Pellets-Heizung sei wesentlich teurer. Er fragt, wie sich die Kosten bei der Fernwärme darstellen.

Der Vorsitzende sagt, in der Wirtschaftlichkeit sei die Ölheizung günstiger.

Kreisrat Hofstetter geht davon aus, dass die Kosten im Vergleich bei Öl bei 115 €, bei einer Pellets-Heizung ebenfalls bei 115 €, mit einer Wärmepumpe bei 140 € und beim Anschluss an die Fernwärme bei 85 – 90 € (Anschlusskosten sind enthalten) liegen. Es sei geplant, günstiger anbieten zu können.

Kreisrätin Eichinger fragt, ob im Beschluss ein Mindestprimärenergiefaktor von 0,5 aufgenommen werden könnte.

Der Vorsitzende denkt, es sollte schon überlegt werden, ob die Forderung so hoch angesetzt werden soll, dass die Gemeindewerke Taufkirchen nicht mehr zusagen können. Er möchte einer Pellets-Heizung nicht den Vorzug geben, wenn es eine regionale Nahwärmeversorgung gibt, die wirtschaftlich und ökologisch sinnvoller sei. Das sollte nicht an vorgegebenen Werten scheitern.

Kreisrat Kuhn spricht sich grundsätzlich für den Anschluss an die Fernwärmeversorgung aus.

Nach eingehender Diskussion formuliert **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag:

BauEn/0055-14

Der Landkreis bevorzugt die regenerative Nahwärmeversorgung (Fernwärmeversorgung) durch die Gemeindewerke Taufkirchen.

Die Gemeindewerke Taufkirchen müssen bis Ende nächster Woche die Zusicherung geben, dass sie die Fernwärmeversorgung zeitgerecht und bezüglich der Einhaltung des geforderten Primärenergiefaktors nach EnEV gewährleisten.

Sollte keine entsprechende Zusicherung abgegeben werden, wird die Holz-Pellets-Heizung realisiert.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

5. Bekanntgaben und Anfragen

5.1 FOS/BOS - Gehweg an der Siglfinger Straße

Der Vorsitzende erinnert an die Anfrage von Kreisrat Vogl in der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 25.01.2010 bezüglich des geplanten Gehweges entlang der Siglfinger Straße.

Er berichtet, aufgrund der momentanen Planung der Stadt Erding macht der Gehweg im Bereich der Lärmschutzwand einen Knick und läuft direkt neben der Straße weiter. Vielleicht kann die Planung etwas gefälliger, mit Rundungen, etc. verbessert werden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

5.2 FOS/BOS - Antrag auf Insolvenz einer Firma

Der Vorsitzende berichtet, leider hat beim Neubau FOS/BOS die Fa. Kaiser, Dachabdichtung, Dachdämmung den Antrag auf Insolvenz gestellt.

Büro des Landrats
BL

Herr Wild erklärt, derzeit seien 30 % der Arbeiten ausgeführt. Die Arbeiten sind im Dezember eingestellt worden.

Es sei versucht worden, mit der VOB-Stelle der Regierung von Oberbayern zu klären, ob der zweite Bieter genommen werden kann. Nach deren Auskunft sei aber ein neues Verfahren durchzuführen.

Es laufen derzeit Bieteranfragen. Es sei geplant, verschiedene Arbeiten, z.B. Dachentwässerung auf die Rohbaufirma zu übertragen. Das Problem dabei sei, dass das Material auf der Baustelle teilweise durchnässt ist und entsorgt werden muss. Die Kosten hat der Landkreis zu tragen.

Der Vorsitzende erklärt, leider hat der Landkreis beim Neubau FOS/BOS von der Regierung von Oberbayern nicht die Erlaubnis erhalten, einen Generalunternehmer zu beauftragen. Die gleiche Regierung von Oberbayern hat nun besonders darauf hingewiesen, dass der Landkreis, nicht wie bei einem Insolvenzverfahren am neuen Gymnasium, den Auftrag an den nächsten Bieter vergeben dürfe. Es müssen neue Bieter eingeladen werden. Demzufolge gerät der Bau der FOS/BOS in Zeitverzug. Ob eine planmäßige Fertigstellung gewährleistet werden kann, kann nicht zugesichert werden, weil dadurch bei den Folgegewerken Verzögerungen auftreten.

Er bittet deshalb um Ermächtigung, wenn das formelle Verhandlungsverfahren durchgeführt wird, dass er die Freigabe erteilen kann, um nicht noch mehr Zeitverzögerung zu haben.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

Kreisrat Haindl stellt fest, dass es für den Landkreis mit einem Generalunternehmer besser gewesen wäre. Dies sollte an entsprechender Stelle auch kund getan werden.

Kreisrat Hofstetter merkt an, wenn das in der Zukunft so weiter geht und die VOB-Regelungen immer schärfer werden, werden die Kommunen wirklich Schaden erleiden. Es wird keine regionale Firma mehr zum Zuge kommen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

5.3 Photovoltaikanlage auf dem "Alten Rathaus"

Kreisrat Kuhn stellt fest, dass die Vergütung für Photovoltaikanlagen erneut um 16 % gesenkt werde. Durch die Vergabe an die Gemeindewerke Taufkirchen hat sich der Landkreis in den letzten Monaten 25 % der Vergütung entgehen lassen. Er denkt, wenn der Landkreis die Aufgabe übernommen hätte, wäre das Geld auch den Bürgern zugute gekommen.



LANDKREIS
ERDING

Der Vorsitzende sagt, das sei nun Sache der Gemeindewerke Taufkirchen. Der Landkreis würde aus guten Gründen nicht selber in eine Photovoltaikanlage investieren. Er denkt, der Landkreis habe mit den Gemeindewerken einen richtigen Partner gefunden. Er fragt Kreisrat Hofstetter, bis wann er mit einer Realisierung rechnet.

Kreisrat Hofstetter antwortet, es muss erst die Sanierung des Daches abgewartet werden.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Kuhn sagt, die 1. Vorlage der Verwaltung hätte gereicht, um eine Photovoltaikanlage im letzten Jahr bauen zu können.

Der Vorsitzende erinnert, dass zusätzliche Kosten für die vorzeitige Dachsanierung für eine Teilfläche notwendig gewesen wären. Jetzt wird die gesamte Dachfläche für den Bau einer Photovoltaikanlage zur Verfügung gestellt.

5.4 Name für das neue Gymnasium

Kreisrat Kuhn berichtet, er hat gehört, dass ein neuer Name für das Gymnasium an der Sigwolfstraße im Gespräch sei.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für die Namensgebung der Ausschuss für Bildung und Kultur zuständig sei.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie um 17.00 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte